

Europapolitische Prioritäten 2021 der Landesregierung und Bewertung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission für 2021

Europa als Chance

Das Jahr 2021 bietet der Europäischen Union die Möglichkeit, die immensen Herausforderungen, die uns seit Beginn der Pandemie beschäftigen, als Chancen zu nutzen. Die Pandemie hat im vergangenen Jahr in vielen Bereichen weitreichende Veränderungen angestoßen. Sie hat gezeigt, zu wie viel Kreativität, Flexibilität und Engagement Menschen in Europa fähig sind, wenn es die Situation erfordert. Dieses Momentum müssen wir nutzen.

Einerseits gilt es nun, Lehren aus der Covid-19-Krise mit all ihren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen zu ziehen. So können Gesellschaft und Wirtschaft auch mit Blick auf künftige Herausforderungen nachhaltig gestärkt werden. Andererseits bleiben auch langfristige grundlegende Herausforderungen weiter auf der europäischen Agenda. Auch dabei kann der Umbruch, den die Pandemie in Europa angestoßen hat, zu einem Antrieb werden. So können wir etwa der doppelten – grünen und digitalen – Transformation neuen Nachdruck verleihen und gleichzeitig dafür sorgen, dass der Strukturwandel sozialverträglich gestaltet wird.

Die europäische Integration bietet uns dabei enorme Möglichkeiten. Gelingt es uns, die Chancen und Herausforderungen von Pandemiebekämpfung und doppelter Transformation gemeinsam mit unseren europäischen Partnern anzugehen, dann können wir nicht nur von Erfahrungsaustausch, Koordination und gemeinsamen Initiativen profitieren, sondern auch zum Vorbild für andere Regionen auf der Welt werden.

Ebendiese europäische Zusammenarbeit kann aber auch und gerade in Krisenzeiten nur dann funktionieren, wenn Akteure auf allen Ebenen – europäisch, national und regional – eng vernetzt sind. Auch das ist eine Lehre aus der Covid-19-Krise. Pandemieverläufe und Erfordernisse variieren nach Regionen. Akteure vor Ort konnten die Situation in vielen Fällen am besten einschätzen und angemessen reagieren. Darüber hinaus war es von großer Bedeutung, Maßnahmen über regionale und nationale Grenzen hinweg zu koordinieren und so temporäre regulatorische Gräben zu überbrücken. Diese starke Rolle der Regionen in der Europäischen Union gilt es – auch über die Pandemie hinaus – weiter auszubauen. Erfahrungen und die Expertise der europäischen Regionen und Kommunen müssen eine zentrale Rolle in der kontinuierlichen Verbesserung der Rechtsetzung der Europäischen Union spielen. Die Landesregierung setzt sich für eine zukunftsgerichtete europäische Politik ein, die den gegenwärtigen Herausforderungen gerecht wird.

Viele dieser Herausforderungen sowohl in Folge der Pandemie als auch im Hinblick auf langfristige Entwicklungen wie die doppelte Transformation werden uns weiterhin begleiten. Das Jahr 2021 bedeutet nicht das Ende der Pandemiekrise. Es kann aber einen Anfang bedeuten – einen Anfang neuer mutiger Initiativen, die Europa in wesentlichen Fragen voranbringen, und einen Anfang vom Ende der Pandemie und ihrer Folgen.

Inhaltsverzeichnis

Priorität 1: Gestärkt aus der Krise gehen.....	1
Priorität 2: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als Fundament der Europäischen Union schützen.....	2
Priorität 3: Die digitale Transformation vorantreiben und europäische Standards setzen.....	3
Priorität 4: Zum Vorreiter der grünen Transformation werden	5
Priorität 5: Die Menschen auf dem Weg der doppelten Transformation mitnehmen...	7
Priorität 6: Migration als gesamteuropäische Aufgabe verstehen.....	9
Priorität 7: Europa sicherer machen	10
Priorität 8: Regionen über Grenzen hinweg vernetzen	12
Priorität 9: Europas Rolle in der Welt stärken	13
Bewertung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission für 2021	16

Priorität 1: Gestärkt aus der Krise gehen

Die Covid-19-Pandemie stellt die Europäische Union weiterhin vor große Herausforderungen. Vieles konnten wir in den ersten Monaten der Krise lernen, um sie in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Union sowie mit anderen Mitgliedstaaten und Regionen zu bewältigen. Auf dieser Grundlage müssen wir nun auch mit langfristiger Perspektive das Fundament für eine resilientere Union legen.

➤ Mechanismen zur gemeinsamen Krisenreaktion verbessern

Krisensituationen, die ein konzertiertes Handeln der Mitgliedstaaten erfordern, werden in Zukunft immer wieder auftreten – nicht nur im Gesundheitssektor. Daher gilt es, die EU besser auf Krisensituationen vorzubereiten. Dazu müssen die bestehenden Mechanismen zur Krisenreaktion konsequenter als bislang genutzt und, wo nötig, neue Mechanismen etabliert werden.

Es kommt darauf an, praktikable, unbürokratische und effektive Lösungen zu finden. Ein gutes Beispiel für derartige Lösungen ist die Cross-Border Task Force Corona der Landesregierung. Ihr Erfolg unterstreicht die wichtige Rolle der Regionen als Akteure im europäischen Krisenmanagement. Internationale Krisen wirken sich meist unterschiedlich auf verschiedene Regionen aus. Daher bedarf es regionaler Einschätzungen und Reaktionen. Gleichzeitig müssen die Maßnahmen jedoch national wie europäisch gut koordiniert und aufeinander abgestimmt werden. Die Vernetzung von Regionen, Mitgliedstaaten und EU-Institutionen muss das Fundament aller EU-Mechanismen zur Krisenreaktion sein. Regelmäßige „Stresstests“ können die Reaktionsfähigkeit der EU in solchen Situationen verbessern.

➤ Resilienz stärken

Um die Folgen möglicher künftiger Krisen für die EU abzumildern, müssen wir schon jetzt damit beginnen, Europa in diversen Bereichen widerstandsfähiger zu machen. Dazu muss unter anderem das finanzielle Gesamtpaket, bestehend aus dem Mehrjährigen Finanzrahmen und dem Aufbauprogramm Next Generation EU, zügig genutzt werden, um die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen in Europa nachhaltig zu stärken.

Auch tragfähige öffentliche Finanzen sind eine wichtige Grundvoraussetzung für die Resilienz der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten. Sobald die wirtschaftliche Situation dies zulässt, sind entsprechend den Zielvorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ausgeglichene Haushalte anzustreben. Zudem sollte baldmöglichst damit begonnen werden, die Schulden, die zur Bewältigung der Pandemiefolgen aufgenommen wurden, konjunkturgerecht zu tilgen. Die Aktivierung der Allgemeinen Ausweichklausel hat gezeigt, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt über ein ausreichendes Maß an Flexibilität verfügt, um in außerordentlichen Krisensituationen angemessen reagieren zu können. Darüber hinaus hat die Pandemie verdeutlicht, wie wichtig ein gut funktionierender und resilienter Binnenmarkt ist, um Versorgungs- und Wertschöpfungsketten sicherzustellen.

➤ Zusammenarbeit im Gesundheitssektor vertiefen

Auch wenn die Europäische Union im Bereich der öffentlichen Gesundheit lediglich über eine unterstützende Zuständigkeit verfügt, hat die Pandemie gezeigt, wie wichtig eine enge Koordination zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission ist. Bestehende Maßnahmen zur Reaktion auf Gesundheitsrisiken müssen im

Lichte der Erkenntnisse aus der Pandemie überprüft und bei Bedarf verbessert werden.

Ebenso sind Investitionen in Forschung und Entwicklung im Gesundheitssektor von großer Bedeutung. Dabei nehmen die biomedizinische Forschung und die Entwicklung und Produktion neuer Arzneimittel zur Vorsorge und Reaktion auf Gesundheitsgefahren eine Schlüsselfunktion ein. Vor diesem Hintergrund wird die Landesregierung die Planungen zu einer sogenannten „EU-Agentur für fortgeschrittene biomedizinische Forschung und Entwicklung“ begleiten. Auch die Bestrebungen der EU, mit dem Programm EU4Health die Arzneimittelversorgung besser abzusichern und eine Rückverlagerung der Produktion medizinischer Produkte unter Berücksichtigung dadurch entstehender Kosten zu fördern, unterstützen wir. Außerdem gilt es, EU-weite Notfallreserven auszubauen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Entwicklungs- und Produktionsstandorte innerhalb der EU noch weiter zu stärken.

Priorität 2: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als Fundament der Europäischen Union schützen

Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind die Basis der Europäischen Union und des europäischen Zusammenhalts. In den vergangenen Jahren wurde dieses Fundament bisweilen in Frage gestellt. Dem entschieden entgegenzutreten, muss die Aufgabe aller Mitgliedstaaten sein. Neben der Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit, der Bekämpfung von Antisemitismus und Rassismus sowie dem Einsatz für Medienfreiheit kann auch die Konferenz über die Zukunft Europas einen Beitrag dazu leisten, das demokratische und rechtsstaatliche Fundament der Europäischen Union zu stärken.

➤ Die Rechtsstaatlichkeit in Europa stärken

Die Landesregierung erachtet die Rechtsstaatlichkeit als Kern der Europäischen Union. Denn die EU ist vor allem eine Gemeinschaft des Rechts. Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit, insbesondere der Gewaltenteilung und Unabhängigkeit der Justiz, muss die Europäische Union entschieden entgegenzutreten. Wir begrüßen die Verknüpfung der Vergabe von EU-Mitteln mit der Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit und setzen uns für die konsequente Nutzung dieses Instruments ein. Dabei muss gewährleistet werden, dass sich die Sanktionen gegen die entsprechenden Regierungen richten und nicht gegen die Endbegünstigten. Die Rechtsstaatlichkeitsberichte stellen in diesem Zusammenhang ein wichtiges Element dar. Neben dem Einsatz für die Rechtsstaatlichkeit auf politischer Ebene fördert die Landesregierung auch den praktischen Erfahrungsaustausch zwischen Gerichten in Nordrhein-Westfalen und in anderen europäischen Ländern.

➤ Die Zukunft Europas aktiv mitgestalten

Die Konferenz über die Zukunft Europas soll einen wichtigen Beitrag zur Reform der Europäischen Union leisten mit dem Ziel, das demokratische Fundament der Union zu festigen. Die Landesregierung setzt sich dabei für einen offenen Prozess ein, sowohl in der Gestaltung als auch in der Umsetzung der Konferenz. Dieser soll Bürgerinnen und Bürger sowie Akteure auf allen politischen Ebenen einbeziehen, vor allem auch subnationale Regierungen und Parlamente.

Der Erfolg der Konferenz wird entscheidend danach beurteilt werden, welche Relevanz den erarbeiteten Vorschlägen europaweit eingeräumt wird. Europa muss das Momentum der Krise nutzen und die EU mit der Konferenz langfristig krisenfester und zukunftssicherer machen. Dies schließt die Möglichkeit von Vertragsänderungen ein. Der Beitrag der Regionen zu einer krisenfesteren und zukunftssicheren Union könnte sich unter anderem in einer institutionellen Stärkung des Europäischen Ausschusses der Regionen im Gefüge der EU niederschlagen.

➤ **Antisemitismus und Rassismus europaweit bekämpfen**

Die Bekämpfung von Antisemitismus, Rassismus sowie weiterer Phänomene der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wie Homo- und Transfeindlichkeit ist nicht allein eine nationale, sondern eine gesamteuropäische Aufgabe. Sie geht über Maßnahmen der inneren Sicherheit hinaus. Deshalb regt die Landesregierung eine bessere europaweite Vernetzung für die Bekämpfung von Antisemitismus und Rassismus an. Mit der Antisemitismus-Beauftragten leistet sie dazu einen wichtigen Beitrag. Schulische, politische und kulturelle Bildung spielen dabei ebenso eine Rolle wie die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen und die öffentliche Solidarität.

➤ **Medienfreiheit verteidigen und Medienkompetenz fördern**

Europäische Demokratien, ihre Institutionen und Repräsentanten sehen sich zunehmend mit Falschmeldungen und Hassrede konfrontiert. Es wird versucht, ihre Legitimität und Glaubwürdigkeit zu untergraben. Die Landesregierung engagiert sich bei der Bekämpfung von Desinformation und illegaler Hassrede im Internet, um den demokratischen Diskurs zu schützen. Die Stärkung der Medienkompetenz im Schulunterricht und in der außerschulischen Jugendbildung – wie sie mit dem „Medienkompetenzrahmen NRW“ vorgesehen ist – bietet dafür einen Ansatzpunkt. Ein einheitlicher europäischer Jugendmedienschutz im digitalen Raum kann ebenfalls einen Beitrag leisten. Wir setzen uns dafür ein, dass entsprechende Pläne der Kommission zur Bekämpfung von Desinformation und Hassrede zügig umgesetzt werden.

Gleichzeitig gerät die freie Medienlandschaft vielerorts unter Druck. Journalisten werden bedroht. Die Landesregierung erachtet die Medienfreiheit als hohes Gut. Der Schutz der Medienfreiheit muss europaweit garantiert werden.

Priorität 3: Die digitale Transformation vorantreiben und europäische Standards setzen

Die digitale Transformation birgt enorme Chancen, aber auch Risiken. Dem müssen wir gerecht werden. Dazu braucht es einerseits Anreize durch einen flexiblen und angemessenen regulatorischen Rahmen. Andererseits gilt es, Schutz vor neuen Sicherheitsrisiken zu gewährleisten und eine Balance zwischen technischen Möglichkeiten und gesellschaftlichen und ethischen Vorstellungen zu definieren.

➤ **Mit angemessenen Regeln Innovationen begleiten und fördern**

Ein angemessener regulatorischer Rahmen ist von entscheidender Bedeutung, um die Entwicklung neuer Technologien rechtlich zu begleiten. Dabei muss aber eine ausgewogene Balance zwischen Regulierung einerseits und Handlungsspielräumen für Unternehmen, Forschung und Entwicklung andererseits gefunden werden. Um Innovationen unter Realbedingungen erproben zu können, sollten auch auf europäischer

Ebene Experimentierklauseln geschaffen und verstärkt Reallabore etabliert werden. Auch im Bereich des Wettbewerbsrechts ist ein angemessener regulatorischer Rahmen wichtig. Dabei gilt es, neue technologische Entwicklungen zu berücksichtigen und die Regeln konsequent, auch auf Unternehmen aus Drittstaaten, anzuwenden.

Vor diesem Hintergrund verweist die Landesregierung auf zwei wesentliche Initiativen der Kommission. Zum einen bieten die Vorschläge zur Plattformregulierung eine gute Grundlage für ein sicheres und vertrauenswürdiges Online-Umfeld sowie für wettbewerbsfähige und faire Märkte im digitalen Sektor. Wir werden die Gesetzgebungsverfahren zum Digital Services Act und Digital Markets Act aktiv begleiten. Zum anderen verweist die Landesregierung auf die Strategie zur Künstlichen Intelligenz sowie die Datenstrategie der Kommission. Der freie Austausch, die gemeinsame Nutzung sowie der angemessene Schutz von Daten sind wichtige Voraussetzungen für Innovation und Fortschritt.

Neben den Belangen von Unternehmen sowie Verbraucherinnen und Verbrauchern muss auch die Digitalisierung des öffentlichen Sektors in den Blick genommen werden. Sie kann Erleichterungen für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Behörden sowohl im inländischen als auch im grenzüberschreitenden Kontext schaffen. Die Landesregierung will die europaweite IT-Standardisierung daher stärker in den Fokus rücken. Nur so kann der europäische digitale Binnenmarkt auch mit Blick auf einen europäischen Portalverbund verwirklicht werden. Auch die Initiativen der Kommission zu eID, e-CODEX sowie zur Interoperabilität werden wir vor diesem Hintergrund eng begleiten.

Mit Blick auf die Verwaltungsdigitalisierung, aber auch um Ziele wie die digitale Souveränität und bessere Möglichkeiten zum Teilen und Nachnutzen von Software zu erreichen, begrüßt die Landesregierung die Open Source Software Strategie der Kommission. Open Source kann einen großen Beitrag zu einem europäischen Weg der Zusammenarbeit, weg von den amerikanischen Plattformen und Lock-Ins, leisten.

➤ **Engere Zusammenarbeit für mehr Cybersicherheit**

Die Pandemie hat verdeutlicht, wie zentral die Rolle digitaler Technologien schon heute ist. Die Abhängigkeit von diesen Technologien birgt aber auch Risiken. Deshalb ist ein ausreichender Schutz digitaler Systeme, vor allem kritischer digitaler Infrastruktur, unabdingbar. Die Landesregierung ist überzeugt, dass eine enge Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten untereinander sowie mit europäischen Behörden wie etwa ENISA zentral ist, um Wissen zu bündeln und Informationen und Best Practices auszutauschen. Dieser Austausch sollte über die EU hinaus auch mit unseren transatlantischen Partnern intensiviert werden. Gleichzeitig sind auch im Bereich der Cybersicherheit weitere Investitionen in Innovation und Forschung von großer Bedeutung.

➤ **Gemeinsam einen ethischen Rahmen abstecken**

Parallel zu dem rasanten technologischen Fortschritt ist es wichtig, auch ethische Kodizes zum Umgang mit neuen Technologien weiterzuentwickeln. Gesellschaftliche Meinungsbildung und rechtliche Regulierung müssen mit technologischen Neuerungen Schritt halten.

Ein solider ethischer Rahmen ist die Grundvoraussetzung, um europäische Standards global zu behaupten. Der Wettbewerb um digitale Technologien wie die künstliche Intelligenz ist nicht nur von wirtschaftlicher oder sicherheitspolitischer, sondern auch von ethischer Relevanz. Wer in diesem Wettbewerb vorne liegt, ist in der Lage, Standards

zu wichtigen Themen wie Daten- und Verbraucherschutz, Produkt- und Datensicherheit sowie zu ethischen Fragen der künstlichen Intelligenz und der Datennutzung zu setzen. Nur so kann die Europäische Union digitale Souveränität erlangen.

Priorität 4: Zum Vorreiter der grünen Transformation werden

Die Digitalisierung geht eng einher mit einer weiteren grundlegenden Veränderung: der grünen Transformation. Wenn es uns gelingt, diese beiden Prozesse eng miteinander zu verzahnen, können sie sich wechselseitig beschleunigen und unterstützen. Insbesondere im Kontext der Covid-19-Pandemie müssen Klimaschutz und Klimaanpassung als treibende Kräfte für die wirtschaftliche Wiederaufbauphase genutzt werden. Diese doppelte Transformation bringt für die europäische Wirtschaft und Gesellschaft jedoch zugleich enorme Herausforderungen mit sich. Dieses Spannungsfeld zwischen den Herausforderungen und Chancen des Strukturwandels gilt es stets zu berücksichtigen. Bei der Vereinbarkeit von Klima- und Umweltschutz mit industriellem Fortschritt will Nordrhein-Westfalen eine Vorreiterrolle einnehmen. Wenn die Europäische Union erfolgversprechende Möglichkeiten aufzeigt, die doppelte Transformation zu gestalten, kann es uns gelingen, auch andere Staaten auf diesem Weg mitzunehmen. Von entscheidender Bedeutung sind dabei gute Rahmenbedingungen für Exzellenz, Kreativität, Wissenschaft, Innovation, Beschäftigung und unternehmerische Initiative.

➤ Förderung der innovativen Wirtschaft in den Mittelpunkt stellen

Der grüne und digitale Wandel sowie die Pandemie stellen die europäische Wirtschaft vor große Herausforderungen. Doch gerade dieser Umbruch bietet die Chance, grundlegend neue Ideen zu entwickeln und Technologien voranzutreiben. Der Grüne Deal kann zu einem Motor für die wirtschaftliche Erholung werden und so zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen und sichern. Dazu bedarf es eines angemessenen regulatorischen und beihilferechtlichen Rahmens, der klima- und umweltfreundliche Innovationen fördert und die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Akteure sicherstellt. Gleichzeitig muss dieser so flexibel ausgestaltet sein, dass er neue und bis jetzt noch undenkbar Entwicklungen nicht hemmt und gleichsam andere Förderfelder nicht diskriminiert. Er sollte eine angemessene Förderung sowohl der investiven als auch der operativen Kosten zulassen. Ein strategisch ausgerichteter Beschaffungsprozess der öffentlichen Auftraggeber ist ein weiterer wichtiger Anknüpfungspunkt.

Eine Schlüsseltechnologie zum Erreichen der Klimaziele ist die Nutzung von Wasserstoff. Voraussetzung dafür ist, dass die Versorgungssicherheit mit klimaneutralem Strom und der Zugang zu Wasserstoff verbessert wird. Die Förderung von Forschung und Entwicklung ist daher von zentraler Bedeutung. Mit der Schaffung eines „Important Project of Common European Interest“ im Bereich Wasserstoff können die passenden beihilferechtlichen Bedingungen dafür geschaffen werden. Ebenso wichtig sind internationale Partnerschaften in diesem Bereich. Daher arbeitet die Landesregierung bereits intensiv zum Beispiel mit den Niederlanden zusammen. Konkrete Projekte sind die Initiative RH2INE zwischen Nordrhein-Westfalen und der Provinz Süd-Holland oder das Projekt Hy3.

➤ **Klima- und Umweltschutz mitdenken**

Die Klima- und Umweltziele können wir nur dann erreichen, wenn wir sie auch in anderen Politikbereichen mitdenken. Dies gilt besonders für die nachhaltige Mobilität. Die Umstellung auf klimafreundliche Antriebe und Kraftstoffe muss technologieoffen beschleunigt werden. Parallel gilt es, die Chancen der Digitalisierung etwa für einen smarten Verkehrsfluss und für die multimodale, vernetzte Mobilität zu nutzen und gleichzeitig Zugangsbarrieren zum Öffentlichen Personennahverkehr beispielsweise durch elektronische Tarife zu verringern. In diesen Prozess müssen Regionen eng einbezogen werden. Nur so können wir sicherstellen, dass die oft regionalen Strukturen in den unterschiedlichen Bereichen des Verkehrssektors in Nordrhein-Westfalen und die unterschiedlichen Bedürfnisse urbaner und ländlicher Räume berücksichtigt werden.

Auch den Vorschlag der Renovierungswelle wird die Landesregierung eng begleiten. Gleichwohl dürfen neue Anforderungen zur Gebäudesanierung der öffentlichen Verwaltung nicht zu einer Überlastung der öffentlichen Hand führen. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass Nordrhein-Westfalen einen Beitrag zum Projekt des Europäischen Bauhauses leistet, und hierbei eine starke Rolle für die Kommunen sicherstellen. Um weiterhin bezahlbaren Wohnraum zu fördern, wird die Landesregierung auch die Affordable Housing Initiative unterstützen.

Auch an den Finanzmärkten werden Nachhaltigkeitsaspekte an Bedeutung gewinnen, um Finanzmittel für nachhaltiges Wachstum besser zu mobilisieren. Nachhaltigkeit sollte dabei umfassend und über ökologische und soziale Kriterien hinaus begriffen werden. Nordrhein-Westfalen wird seiner europaweiten Vorreiterrolle als größter Emittent von Nachhaltigkeitsanleihen weiter gerecht werden.

Mit dem europäischen Grünen Deal sind weitreichende Ziele mit Blick auf die Minimierung von Schadstoffeinträgen in Luft, Wasser und Böden sowie der Schadstoffbelastung von Konsumgütern und Lebensmitteln verbunden. Die Landesregierung ist sich der erheblichen Herausforderungen bewusst, die aus der geplanten EU-Null-Schadstoff-Strategie resultieren, und unterstützt deren Ziele.

➤ **Energie: Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit sicherstellen**

Die europäische Energiepolitik ist maßgeblich, um die europäischen Klimaschutzziele zu erreichen. Das europäische Energiesystem befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel, in dem erneuerbare Energien ausgebaut und konventionelle Erzeugungskapazitäten reduziert werden. Nordrhein-Westfalen übernimmt dabei eine Vorreiterrolle. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und gleichzeitig wettbewerbsfähige Energiepreise für den Wirtschafts- und Industriestandort Nordrhein-Westfalen sicherzustellen, bedarf es eines integrierten europäischen Energiebinnenmarktes. Handelshemmnisse zwischen nationalen Energiemärkten müssen beseitigt sowie ein Wettbewerb der Erzeugungstechnologien und die effiziente Sektorkopplung sichergestellt werden.

Vor dem Hintergrund der ambitionierten Klimaziele bis 2030 ist auch eine Überarbeitung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie II (RED II) notwendig. Um mehr Spielraum bei der Förderung erneuerbarer Energien zu schaffen, muss zudem das europäische Beihilferecht angepasst werden.

➤ **Für Nachhaltigkeit und Biodiversität in der Land- und Forstwirtschaft eintreten**

Die EU-Biodiversitätsstrategie und die Farm-to-Fork-Strategie sind für die Landesregierung wichtige Leitlinien, wenn es darum geht, die Land- und Forstwirtschaft in vitalen ländlichen Räumen in Nordrhein-Westfalen für die Zukunft aufzustellen. Dabei kommt der Frage einer nachhaltigen Nutztierhaltung eine besondere Bedeutung zu. So setzen wir uns dafür ein, im Rahmen der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik kleine und mittlere Betriebe stärker zu berücksichtigen. Außerdem setzen wir uns für eine wirkungsvolle Ausgestaltung der Grünen Architektur unter anderem mit einem Mindestumfang an nicht-produktiven Flächen zum Schutz der Biodiversität ein. Gleichzeitig sollten die erbrachten Leistungen für Natur-, Umwelt- und Klimaschutz stärker honoriert werden.

Wäldern kommt eine große Bedeutung zu – als CO₂-Speicher, für die Biodiversität und Naherholung aber auch für die Wirtschaft. Der Zustand der Wälder ist derzeit besorgniserregend. Daher setzt sich die Landesregierung dafür ein, die Wälder unter Einbezug der Forst- und Holzwirtschaft zu widerstandsfähigen und klimaplastischen Wäldern umzubauen. Wir unterstützen eine zukunftsorientierte europäische Forststrategie, wie sie von der Kommission angekündigt wurde. Diese ist ein wichtiger Baustein des Grünen Deals, für das Erreichen der Pariser Klimaziele sowie der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen.

Priorität 5: Die Menschen auf dem Weg der doppelten Transformation mitnehmen

Die doppelte Transformation kann nur gelingen, wenn wir die Menschen in Europa auf diesem Weg mitnehmen. Dazu müssen wir ihnen weiterhin die Chance zum Aufstieg und zu einer abgesicherten und existenzsichernden Arbeit geben und Arbeitnehmer- und Verbraucherrechte stetig an die neuen Gegebenheiten anpassen. Die Europäische Säule sozialer Rechte soll dabei einen zentralen Orientierungspunkt bieten.

➤ **Kompetenzen stärken, um Chancen zu schaffen**

Die Arbeitsplätze der Zukunft werden völlig neue Anforderungen stellen, die heute noch nicht vorstellbar sind. Bildung und die Förderung fachlicher und überfachlicher Kompetenzen sind deshalb der Schlüssel zur Lebens- und Arbeitswelt von morgen. Die Landesregierung verweist in diesem Kontext auf die Skills Agenda der Kommission sowie die konkreten Maßnahmen zu deren Umsetzung.

Programme wie HORIZON Europe und Erasmus+ tragen maßgeblich dazu bei, die Mobilität und Vernetzung von Forschung und Bildung europaweit zu stärken. Über Grenzen und Generationen hinweg bieten sie Chancen für Aufstieg und individuelle Weiterentwicklung. Neben den eigentlichen Bildungszielen können so auch interkulturelle Kompetenzen gestärkt werden, die in der Arbeitswelt der Zukunft noch wichtiger sein werden, als sie es schon heute sind.

➤ **Strukturpolitische Flankierung des Übergangs**

Die digitale und die grüne Transformation schafft ein Spannungsfeld zwischen etablierten Industrien, technischem Fortschritt und ambitionierten Zielen des Klima- und Umweltschutzes. Daher muss die Transformation etwa durch den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und den Europäischen Sozialfonds+ (ESF+) struktur- und sozialpolitisch flankiert werden, um einen zügigen und verträglichen Übergang

zu ermöglichen. Solche Maßnahmen dürfen jedoch nicht nur abfedern, sondern müssen zugleich zukunftsgerichtete Anreize für den Klima- und Umweltschutz sowie Klimaanpassung setzen. Im Einklang mit diesen Zielen sollte REACT-EU genutzt werden.

Für die neue Förderperiode 2021-2027 stimmen die Ziele der Landesregierung in großen Teilen mit den Förderinhalten aus den EU-Verordnungen überein. Weiterhin kann durch die Berücksichtigung von Komplementaritäten zwischen verschiedenen EU-Förderprogrammen der strukturpolitische Effekt verstärkt werden. Diese Ziele ermöglichen es, den Strukturwandel zu gestalten, die nachhaltige Entwicklung zu stärken und eine intelligente Energiewende mit und für die Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen. Mit dem neuen Instrument des Just Transition Funds (JTF) verfolgt die Europäische Union das Ziel, die vom Übergang zur Klimaneutralität betroffenen Regionen, vor allem Industrieregionen, besonders zu fördern. So sollen diese Regionen in die Lage versetzt werden, die sozial-, arbeits- sowie wirtschaftspolitischen und ökologischen Auswirkungen des Übergangs zum Klimaziel der Union für 2030 und zu einer klimaneutralen Wirtschaft bis 2050 zu bewältigen.

Nach Auffassung der Landesregierung sollten die Mittel aus dem JTF dem Prinzip der Additionalität folgend den betroffenen Braun- und Steinkohleregionen sowie Regionen mit emissionsintensiver Industrie zusätzlich zur Verfügung gestellt werden und nicht zu einer Reduzierung nationaler Strukturausgaben führen. Die Bundesregierung hat sich für ein abweichendes Vorgehen entschieden und beabsichtigt, die JTF-Mittel mit den Zusagen aus dem Strukturstärkungsgesetz zu verrechnen. Die Landesregierung wird nun in Gesprächen mit dem Bund klären, ob die Mittel aus dem JTF im Rahmen eines Landes- oder eines Bundesprogramms verwaltet werden sollen.

➤ **Rechtliche Rahmenbedingungen an neue Arbeitsverhältnisse anpassen**

Die digitale Transformation verändert auch viele Arbeitsverhältnisse grundlegend oder schafft neue Formen der Arbeit. Rechtliche Rahmenbedingungen müssen daran angepasst werden. Ein erfolgreicher und verträglicher digitaler Wandel kann nur erreicht werden, wenn Rechte und Pflichten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern den neuen und sich rapide verändernden Gegebenheiten angepasst und die Grundprinzipien der Tarifpartnerschaft auch in den veränderten Arbeitsstrukturen abgesichert und gestärkt werden. Dies gilt zum Beispiel für die Absicherung der Interessen von Plattformarbeitern.

➤ **Bestehende Mindeststandards verbessern**

Arbeits- und Lebensbedingungen von Saisonarbeitskräften, entsandten Beschäftigten und Arbeitnehmern mit Werk- oder Zeitverträgen in der Europäischen Union müssen verbessert werden. Dazu wird Nordrhein-Westfalen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den zuständigen Aufsichtsbehörden intensivieren.

Außerdem wird sich die Landesregierung zu diesem Themenkomplex sowohl vor dem Hintergrund der Erfahrungen in der Fleischindustrie, im Bausektor oder in der Logistik als auch in der funktionierenden und etablierten Sozialpartnerschaft aktiv in die Gestaltung europäischer Mindeststandards einbringen.

➤ **Verbraucherrechte auf die doppelte Transformation abstimmen**

Die doppelte Transformation erfordert auch eine Anpassung der Verbraucherrechte. Verbraucher müssen besser über die Nachhaltigkeit und Einhaltung von Umweltstandards bei Produkten informiert werden. Gleichzeitig gilt es, die Interessen der Verbraucher im Onlinehandel zu wahren und sie vor illegalen Geschäftspraktiken zu schützen. Die Landesregierung teilt die Auffassung der Europäischen Kommission, dass die EU über einen soliden Verbraucherschutzrahmen verfügt, von dem die Verbraucherinnen und Verbraucher in den kommenden Jahren profitieren werden. Die Landesregierung begrüßt, dass die Kommission eine neue Verbraucheragenda für die Jahre 2020-2025 vorgelegt hat, in der Themen umrissen werden, wie die Errungenschaften im Verbraucherschutz durch eine Reihe von Maßnahmen konsolidiert werden können, und wird deren Umsetzung unterstützen.

Priorität 6: Migration als gesamteuropäische Aufgabe verstehen

Migration spielt in ihren vielseitigen Erscheinungsformen eine wichtige Rolle für Europa. Die Frage über den richtigen Umgang mit irregulären Migrationsbewegungen hat zu großen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedstaaten geführt. Dies gilt auch in Bezug auf Asylrechtsverfahren. Unabhängig davon wächst vor dem Hintergrund einer alternden Bevölkerung der Bedarf nach regulärer Migration zur Fachkräftegewinnung aus Drittstaaten. Der Umgang mit fluchtbedingter Migration in Europa wird auch mitbestimmen, wie attraktiv es für Fachkräfte aus Drittstaaten ist, in der Europäischen Union zu arbeiten und zu leben. Die Landesregierung begrüßt daher, dass die EU nun die Themen Migration, Asyl und Grenzmanagement zusammenführen und gleichzeitig das Thema der Integration voranbringen will.

➤ **Eine gerechte und zukunftsfähige Migrations- und Asylpolitik schaffen**

Schutzbedürftigen Schutz gewähren, Personen ohne Bleibeperspektive nach einem fairen Verfahren in ihre Heimatländer zurückführen und die Sicherung der Außengrenzen als europäische Gemeinschaftsaufgabe verstehen – dieser humanitäre Dreiklang muss die Grundlage der europäischen Migrations- und Asylpolitik sein. Die Landesregierung sieht nun die Verantwortung bei den Mitgliedstaaten der EU, auf dieser Basis den Weg für eine gerechte und zukunftsfähige Migrations- und Asylpolitik zu ebnen, die die Lasten gerecht, solidarisch, aber auch flexibel verteilt und stets geordnete und menschenwürdige Verfahren garantiert.

Akteure auf allen Ebenen der EU sind gefordert, Verantwortung zu übernehmen. Die Landesregierung ist dazu bereit. Das hat sie zuletzt mit der Aufnahme von Geflüchteten aus Griechenland und der Entsendung von Polizeikräften für den Grenzschutz an Frontex gezeigt. Dabei darf auch bei Schutzsuchenden nicht nur die unmittelbare Aufnahme in den Blick genommen werden. Vielmehr wollen wir auch die Möglichkeit eines späteren Bleiberechts und damit auch die Frage einer Integration in die Gesellschaft mitdenken.

➤ **Fachkräfte aus Drittstaaten anwerben**

Neben der Asylpolitik gilt es, die Möglichkeiten legaler Zuwanderung aus Drittstaaten zur Arbeitsaufnahme in der EU zu verbessern. Die Pandemie hat uns noch einmal deutlich vor Augen geführt, dass der Fachkräftebedarf beispielsweise im Gesundheitswesen schon jetzt nicht mehr allein aus den Mitgliedstaaten bedient werden kann. Der

im Juni 2020 erschienene erste europäische Demografiebericht hat diesen Handlungsbedarf noch einmal unterstrichen.

Die Landesregierung engagiert sich in diesem Bereich und fördert beispielsweise ein Pilotprojekt zur Fachkräfteeinwanderung mit dem Königreich Jordanien und Ägypten. Auf europäischer Ebene gilt es unter anderem, die Bluecard mit der gebotenen Flexibilität weiterzuentwickeln. Ansätze wie die zirkuläre Migration können dabei Möglichkeiten bieten.

Priorität 7: Europa sicherer machen

Die Europäische Union bietet ihren Bürgerinnen und Bürgern viele Freiheiten. Doch diese Freiheiten werden von kriminellen und terroristischen Netzwerken missbraucht. Die Bekämpfung solcher Netzwerke muss deswegen auch europäisch gedacht werden. Im Sinne der Sicherheit der Bevölkerung sollten alle nationalen Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden bei ihrer Arbeit enger mit Behörden im europäischen Ausland kooperieren, auch bei der Kriminalprävention. Dafür gilt es, entsprechende rechtliche und technische Rahmenbedingungen zu schaffen.

Unabhängig davon setzt sich die Landesregierung weiterhin für eine enge Zusammenarbeit mit den Polizei- und Justizbehörden in den Niederlanden und in Belgien ein, die Vorbild für andere EU-Binnengrenzen sein kann. Im gegenseitigen Interesse sollte auch das Vereinigte Königreich weiterhin eng in die europäischen Sicherheitsstrukturen eingebunden sein.

➤ Organisierte Kriminalität europaweit bekämpfen

Organisierte Kriminalität sowie Clankriminalität profitieren von der Zusammenarbeit international agierender Tätergruppen sowie deren Strukturen von Absatzwegen und Netzwerken. Ihre erfolgreiche Bekämpfung kann somit nur gelingen, wenn die Sicherheitsbehörden der Mitgliedstaaten kooperieren und ihre Netzwerke bei Ermittlungen und strafrechtlicher Sanktionierung nutzen.

Die Landesregierung fördert die Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit zum konzertierten Vorgehen gegen Organisierte Kriminalität, insbesondere auch der Clankriminalität. Sie fördert darüber hinaus den Ansatz der gezielten Vermögensabschöpfung inkriminierter Werte auf europäischer Ebene.

➤ Gemeinsam gegen Terrorismus und Extremismus in Europa vorgehen

Die Terroranschläge der vergangenen Jahre haben einmal mehr auf erschütternde Weise gezeigt, dass Terrorismusbekämpfung ein europäisches Thema geworden ist. Die Landesregierung fördert deswegen den reibungslosen Austausch von Informationen zwischen den Sicherheitsbehörden der Mitgliedstaaten zur Bekämpfung aller Formen von politisch und religiös begründetem Extremismus.

Im Sinne der Terrorismusprävention regen wir an, die Bearbeitungs- und Einstufungsprozesse von extremistischen Gefährdern europaweit zunehmend zu vereinheitlichen. Extremistischen Inhalten, vor allem auch im Internet, muss konsequent nachgegangen werden, um Radikalisierung und Rekrutierung entgegenzutreten. Die Landesregierung setzt sich darüber hinaus dafür ein, die vorliegenden Vorschläge zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zügig in europäisches und nationales Recht umzusetzen.

➤ **Europaweit entschieden gegen den sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen ankämpfen**

Die Landesregierung fördert die reibungslose Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden der Mitgliedsstaaten im Zusammenhang mit dem sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen sowie der Verbreitung von Kinderpornografie. Die Bekämpfung und Zerschlagung länderübergreifender Täter-Netzwerke kann nur auf europäischer Ebene gelingen. Deshalb ist eine gemeinsame europäische Strategie und Zusammenarbeit von zentraler Bedeutung. Die Landesregierung unterstützt Entwicklungen, die zu einer Beschleunigung der Auswertung inkriminierten Datenmaterials führen. Sie befürwortet den gesicherten Datentransfer zwischen europäischen Ermittlungsbehörden. Und sie fordert, die Telekommunikations- und Telemedienanbieter auf europäischer Ebene stärker in die Pflicht zu nehmen, ihre Systeme auf kinder- und jugendpornografische Inhalte zu überprüfen und Feststellungen zeitnah einer staatlichen Ermittlungsbehörde zu melden.

➤ **Die Zusammenarbeit mit europäischen Behörden und den Nachbarstaaten intensivieren**

Die Landesregierung unterstützt Europol bereits jetzt mit der Entsendung von Beamten für das Europol-Büro in Den Haag. Besonders bei der Bekämpfung von Cyber-Kriminalität kommt Europol mit seinem European Cybercrime Centre - EC3 eine wichtige Funktion zu. Wir regen an, die Kompetenzen von Europol kontinuierlich zu überprüfen, um diese regelmäßig und zeitnah an sich verändernde Anforderungen anzupassen. Dazu gehört unter anderem, das Europol Information System (EIS) effizienter zu gestalten.

Die Landesregierung unterstützt den Ausbau der grenzüberschreitenden Polizeiteams (GPT), um die polizeiliche Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg für die Bürgerinnen und Bürger sichtbar zu machen.

Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass bei der Ermittlung und Verfolgung von Straftaten zum Nachteil der Europäischen Union nordrhein-westfälische Staatsanwaltschaften und Strafverfolgungsbehörden eng mit der Europäischen Staatsanwaltschaft und insbesondere mit den in Nordrhein-Westfalen tätigen delegierten Europäischen Staatsanwälten zusammenarbeiten. Wir unterstützen die Aufnahme der operativen Tätigkeit der Europäischen Staatsanwaltschaft in dem in Nordrhein-Westfalen vorgesehenen Zentrum in Köln.

➤ **Den europaweiten Informationsaustausch technisch unterstützen**

Der Ausbau der Digitalisierung bei der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit, sowohl zwischen den Mitgliedstaaten als auch zwischen den Mitgliedstaaten und den zuständigen EU-Agenturen, sollte weiter intensiviert werden, um einen sicheren, schnellen und effizienten grenzüberschreitenden Austausch von Daten zu gewährleisten. Dazu gehört auch die Interoperabilität der Informationssysteme im Sicherheitsbereich. Vor diesem Hintergrund setzt sich die Landesregierung unter anderem dafür ein, dass durch die Verordnung über ein EDV-System für die grenzüberschreitende Kommunikation in Zivil- und Strafverfahren (e-CODEX) die notwendige Rechtsgrundlage geschaffen wird. Auch durch die Einrichtung zentraler Spurendatenbanken kann die Aufklärungsquote, etwa bei Wohnungseinbrüchen, angehoben und so dem Sicherheitsgefühl der Bevölkerung Rechnung getragen werden.

Priorität 8: Regionen über Grenzen hinweg vernetzen

Im Grenzgebiet zwischen Nordrhein-Westfalen, den Niederlanden und Belgien wird Europa im Kleinen erlebbar. Menschen überqueren die Grenzen oft mehrmals täglich, ohne dies wahrzunehmen. In einigen Bereichen aber bleiben die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten weiterhin spürbar und erschweren das Arbeiten und Leben im Grenzgebiet. Ein besonderes Augenmerk gilt daher weiterhin der besseren Vernetzung in Grenzregionen in unterschiedlichen Bereichen.

➤ **Den grenzüberschreitenden Verkehr besser vernetzen**

Eine Grundvoraussetzung für die Mobilitätswende ist ein verlässliches, gut ausgebautes und bedarfsgerechtes Netz für den öffentlichen Personennah- und Fernverkehr. Dies kann vor allem in Grenzregionen eine Herausforderung darstellen. Zügige und rechtssichere Planungs- und Genehmigungsverfahren sind eine wichtige Voraussetzung, um neue grenzüberschreitende Bahnstrecken sowie Stadt- und Straßenbahnlinien zu schaffen. Gleichzeitig gilt es, die bereits bestehende Infrastruktur zu erhalten und zu verbessern. Darüber hinaus bedarf es grenzüberschreitender öffentlicher Bus- und Bahnverbindungen mit attraktiven Fahrplänen. Verschiedene neue Bahn- und Busverbindungen zwischen den Niederlanden, Belgien und Nordrhein-Westfalen befinden sich derzeit im Aufbau. Auch in den Bereichen der Urban Air Mobility, des Radverkehrs und des grenzüberschreitenden E-Ticketings sind bereits verschiedene Initiativen gestartet worden. Darauf wird die Landesregierung weiter aufbauen. Schließlich ist auch der zügige Ausbau der transeuropäischen Verkehrskorridore, insbesondere die verbesserte Schienenanbindung des Hafens von Antwerpen an das Ruhrgebiet, mit einer europäischen Kofinanzierung der Projekte ein wichtiges Ziel.

➤ **Grenzüberschreitende Kooperation für Brand- und Katastrophenschutz, Krisenmanagement und medizinische Notfälle**

Katastrophen und Notfälle in der Grenzregion erfordern eine enge grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Katastrophenschutz und in der medizinischen Notfallversorgung. Deshalb arbeitet Nordrhein-Westfalen auch in diesem Bereich eng mit Partnern in den Niederlanden und in Belgien zusammen. Diese Kooperation werden wir intensivieren und uns noch besser austauschen.

Der Krisenstab und das Lagezentrum der Landesregierung haben ihre Zusammenarbeit mit den nationalen Krisenzentren Belgiens und der Niederlande bereits in den vergangenen Jahren systematisch erweitert. Diese Zusammenarbeit wird mit Blick auf bestimmte Krisenszenarien sowie auf die Übereinstimmungen und Unterschiede in der Arbeit der Krisenzentren bzw. des Krisenstabs weiter ausgebaut. Auch das Thema einer besseren Krisenkommunikation steht auf der Agenda.

In der grenzüberschreitenden medizinischen Notfallversorgung sind auf operativer Ebene in der Grenzregion bereits viele Vereinbarungen getroffen worden. Auch künftig gilt es, mit den Akteuren vor Ort zu prüfen, ob und welche weiteren Handlungsbedarfe gesehen werden. Ebenso soll die Zusammenarbeit in der Bekämpfung und Prävention von Bränden in Wäldern und auf anderen Vegetationsflächen in der Grenzregion verstärkt werden.

➤ **Bewältigung der Pandemie und Lehren für die Zukunft**

Um die Grenze mit den Niederlanden auch im weiteren Verlauf der Pandemie offen halten zu können und erneute Grenzsicherungen Belgiens zu verhindern, ist weiterhin

eine enge Zusammenarbeit und Koordination erforderlich. Die Arbeit der Cross-Border Task Force Corona bildet eine gute Grundlage dafür. Sie bietet eine Plattform, um die Kooperation zur Bewältigung der Pandemie auch auf regionaler und lokaler Ebene in den Grenzregionen weiter zu stärken. Die Erfahrungen aus der Pandemie im Grenzgebiet werden wir umfassend analysieren und evaluieren, um auch für die Zukunft stabile Mechanismen zur Krisenreaktion zu etablieren.

Priorität 9: Europas Rolle in der Welt stärken

Als Staatenverbund mit mehr als 440 Millionen Einwohnern, als Rechts- und Wertegemeinschaft sowie als weltweit größter gemeinsamer Wirtschaftsraum trägt die Europäische Union eine besondere Verantwortung weit über die Grenzen des Kontinents hinaus. In einer sich rasant verändernden Weltordnung mit grundlegenden Verschiebungen geopolitischer und geoökonomischer Parameter muss Europa als strategischer und ernst zu nehmender machtpolitischer Akteur und verlässlicher Partner auftreten. Europa sollte Bündnisse mit Partnern anstreben, die ebenfalls für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eintreten. Die eigene Handlungsfähigkeit zu stärken und den Prinzipien des Multilateralismus verpflichtet zu bleiben, geht dabei Hand in Hand. Handlungsfähigkeit erweitert Handlungsoptionen. Und Aufgabenteilung wird zum Mittel der Wahl, nicht der Not.

➤ Die Beziehungen zum Vereinigten Königreich vertiefen

Nach nahezu 50 Jahren gemeinsamer Mitgliedschaft in der Europäischen Union verändern sich die Beziehungen zum Vereinigten Königreich grundlegend. Seit Jahresbeginn ist Großbritannien nicht mehr Teil des Binnenmarktes und der Zollunion. Die schwierigen Verhandlungen über ein Handels- und Kooperationsabkommen haben gezeigt, dass wir erst am Anfang eines neuen Kapitels stehen. Wir wollen auch weiterhin einen engen Austausch mit dem Vereinigten Königreich pflegen, ohne dabei aber die Grundprinzipien der Europäischen Union in Frage zu stellen.

Wie kein anderes deutsches Bundesland ist Nordrhein-Westfalen dem Vereinigten Königreich seit 75 Jahren politisch, wirtschaftlich und kulturell verbunden. Wir werden diese Beziehungen nicht nur aufrechterhalten. Wir wollen sie auch vertiefen. Dabei setzen wir ganz konkret auf einen verstärkten Schüleraustausch und perspektivisch auf den Aufbau eines deutsch-britischen Jugendwerks.

Auch im Bereich der Sicherheitspolitik nimmt das Vereinigte Königreich in Europa eine zentrale Rolle ein. Deshalb sollte das Vereinigte Königreich auch weiterhin eng in die sicherheitspolitischen Strukturen der EU eingebunden sein, etwa im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO).

➤ Neue Impulse in der europäischen Nachbarschaft setzen

Ein besonderes strategisches Augenmerk gilt der Nachbarschaft der EU. Hier braucht es neue Impulse. Im westlichen Balkan, dem „Innenhof Europas“, muss die EU die Konsolidierung konsequent vorantreiben, um die Region als Ganzes zu stabilisieren und zunehmend an europäische Standards heranzuführen. Ganz in diesem Sinne hat die Landesregierung mit der Regierung der Republik Nordmazedonien eine „Gemeinsame Absichtserklärung zur Zusammenarbeit“ für eine Dauer von fünf Jahren verein-

bart. Mit Blick auf die für alle beitrittswilligen Staaten geltenden Kopenhagener Kriterien unterstreicht die Landesregierung die Bedeutung nachhaltiger Reformen als Voraussetzung für weitere Integrationsschritte.

Auch der Mittelmeerraum bietet für die EU zahlreiche Chancen. Dazu gehören gemeinsame Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien ebenso wie Fachkräftepartnerschaften mit einer langfristigen Perspektive. Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) muss aus mehr bestehen als aus technokratisch geprägten Programmen. Und für einige europäische Nachbarstaaten sollte sie mehr sein als nur eine Vorbereitung auf den Beitrittsprozess.

Ebenso gilt es, den Entwicklungen im Mittelmeerraum sowie in der östlichen Nachbarschaft größere Aufmerksamkeit zu schenken. Militärische Konflikte in Libyen, Syrien, dem Kaukasus und der Ukraine machen deutlich, dass Krisen in der Nachbarschaft auch unmittelbare Auswirkungen auf die innere Verfasstheit der EU haben. Daher muss die EU ihre Politik gegenüber ihrer Nachbarschaft stärker gestalten und verhindern, dass konkurrierende Politikansätze der Mitgliedstaaten die Position der EU als Ganzes schwächen.

➤ **Die transatlantischen Beziehungen festigen**

Die transatlantischen Beziehungen zu Nordamerika besitzen traditionell einen hohen Stellenwert für die nordrhein-westfälische Landesregierung. Der Amtsantritt einer neuen US-Regierung eröffnet der Europäischen Union, Deutschland und Nordrhein-Westfalen neue Perspektiven für einen konstruktiven transatlantischen Dialog. Dabei müssen wir engagiert aufzeigen, wie wir die globalen Herausforderungen gemeinsam mit den Vereinigten Staaten und Kanada angehen wollen. Die Liste der Themen ist lang: Sie reicht von der Rücknahme von Strafzöllen, dem Abbau von Handelshindernissen und -zöllen sowie einer Stärkung der WTO über eine gemeinsame Agenda zur Digitalwirtschaft und Klimapolitik bis hin zur Wiederbelebung der transatlantischen Sicherheitspartnerschaft unter fundamental veränderten Bedingungen. Die Landesregierung will die Vielfalt der transatlantischen Beziehungen insbesondere auf subnationaler Ebene in einem engeren Austausch mit US-Bundesstaaten, insbesondere mit Pennsylvania und New Jersey, und kanadischen Provinzen stärken.

➤ **Handelshemmnisse weltweit abbauen**

Die Landesregierung unterstützt die Vereinheitlichung von Industriestandards und die Beseitigung von Handelshemmnissen auch über Europa hinaus. Sie bekennt sich nachdrücklich zu den Grundsätzen eines fairen und nachhaltigen Freihandels in einer globalisierten Welt. Gleiche Voraussetzungen sind die Grundlage, um die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie zu erhalten. Die Gestaltungsmöglichkeiten des WTO-Rechts müssen entsprechend angewendet werden. Überdies regt die Landesregierung ebenfalls im Interesse des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen an, entsprechende internationale Abkommen der EU mit den USA, ASEAN und Indien anzustreben.

➤ **Die internationale Rolle des Euro stärken**

Die Landesregierung unterstützt die Bemühungen der Kommission, die internationale Rolle des Euro zu stärken. Ein starker Euro setzt eine robuste Wirtschafts- und Währungsunion voraus. Begrüßt wird das Vorhaben auf EU-Ebene, hierzu unter anderem

die Kapitalmarktunion voranzubringen. Die Beseitigung der Fragmentierung europäischer Kapitalmärkte sowie eine bessere Vernetzung sind angesichts des Brexits bedeutsamer denn je. Ebenso würde die Kapitalmarktunion Finanzierungsmöglichkeiten insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) verbessern. Dies liegt im ureigenen Interesse Nordrhein-Westfalens. KMU stellen einen integralen Bestandteil der nordrhein-westfälischen Wirtschaft dar.

Grundsätzlich können auch das Projekt eines digitalen Euro und privatwirtschaftliche digitale Angebote den Unternehmen neue Möglichkeiten eröffnen. Die Landesregierung wird entsprechende Vorschläge prüfen.

Bewertung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission für 2021

Mit ihrem Arbeitsprogramm für 2021 verfolgt die Europäische Kommission wie bereits für das Jahr 2020 das Ziel einer gerechteren, gesünderen, stärker digitalisierten und grüneren Gesellschaft. Dieser Absicht entsprechen die Initiativen des Arbeitsprogramms. Gleichzeitig will die Kommission die Schäden, die durch die Pandemie entstanden sind, beheben und das Fundament für ein zukunftsfähiges Europa legen. Die Vorschläge des Arbeitsprogramms sind sechs übergreifenden Zielen zugeordnet.

Die Landesregierung unterstützt die Zielsetzung der Kommission. Wir begrüßen, dass auch die Kommission dem Aufbau einer stärkeren und resilienteren Union Priorität einräumt ebenso wie den langfristigen Herausforderungen. Diesen Themen wie etwa der doppelten Transformation, Migration, Sicherheit und den Außenbeziehungen der Europäischen Union hat die Pandemie noch einmal neuen Nachdruck verliehen. Daher unterstützen wir das Bestreben der Kommission, ihre politischen Leitlinien für die gesamte Legislaturperiode weiter in konkrete Maßnahmen umzusetzen. Die Landesregierung wird die Umsetzung und Ausgestaltung dieser Initiativen konstruktiv begleiten.

Die Welt von morgen gestalten und damit die Schäden von heute beheben

Das vorliegende Arbeitsprogramm ist das erste reguläre Arbeitsprogramm seit dem Beginn der Covid-19-Pandemie. Entsprechend kommt dem Aufbaufonds Next Generation EU (NGEU) eine zentrale Rolle zu. So sollen 37 Prozent der Mittel der Aufbau- und Resilienzfazilität für den grünen Wandel und mindestens 20 Prozent der Investitionen im Bereich Digitales aufgewandt werden. Auch möchte die Kommission, dass zur Finanzierung des insgesamt 750 Mrd. Euro umfassenden NGEU 30 Prozent über grüne Anleihen an den Kapitalmärkten aufgenommen werden.

NGEU ist von elementarer Bedeutung für die Zukunft Europas und die gemeinsame Bewältigung der Pandemie-Folgen. Die Landesregierung erwartet, dass bei der Umsetzung von NGEU, insbesondere bei der Konzeption der nationalen Aufbaupläne im Zusammenhang mit der Aufbau- und Resilienzfazilität, die Regionen angemessen beteiligt werden.

1. Der europäische Grüne Deal

Diesem Ziel sind verschiedene Vorhaben aus den Bereichen Klima-, Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz zugeordnet. Grundsätzlich umfasst das Arbeitsprogramm dabei keine überraschenden oder bisher unbekanntes Vorhaben. Das Programm bestätigt vielmehr die zentrale Stellung des europäischen Grünen Deals und dessen Umsetzung. So plant die Kommission, im Jahr 2021 in die Phase der konkreten Umsetzung überzugehen und konkrete legislative und nicht-legislative Initiativen vorzulegen. Die Landesregierung unterstützt diese Ziele, weist aber darauf hin, dass dafür enorme Anstrengungen notwendig sein werden.

Im Bereich der Klima- und Energiepolitik liegt der Fokus des Arbeitsprogramms auf der Überarbeitung einschlägiger Klima- und Energievorschriften. Unter dem Stichwort „Fit for 55“ sollen notwendige Anpassungen vorgenommen werden, um die Emissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu reduzieren. Die

damit einhergehenden Anstrengungen sind erforderlich und grundsätzlich zu begrüßen. Darunter fallen etwa die geplante Überarbeitung des EU-Emissionshandelssystems zur Einbeziehung von Luft- und Seeverkehr sowie die Einführung eines neuen, WTO-konformen CO₂-Grenzausgleichsystems. Letzteres soll ausländische Hersteller und EU-Importeure dazu veranlassen, ihre CO₂-Emissionen zu verringern. Ziel ist es, gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Diese Vorschläge wird die Landesregierung mit Blick auf die gewünschten Effekte konstruktiv-kritisch begleiten. Neben legislativen Vorschlägen soll auch die Klima- und Energiediplomatie eine Priorität bleiben. Ferner will die Kommission 2021 im Rahmen des europäischen Grünen Deals eine neue EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel vorlegen, die im Arbeitsprogramm jedoch nicht genannt wird.

Auch im Bereich Umweltschutz und Landwirtschaft verfolgt der Grüne Deal ambitionierte Ziele. So sollen 30 Prozent der gesamten Fläche als Schutzgebiete ausgewiesen und bis zum Jahr 2030 ein Anteil von 25 Prozent ökologisch-biologischen Anbaus erreicht werden. Obwohl diese Maßnahmen für den Natur- und Klimaschutz von großer Bedeutung sind, greift das Arbeitsprogramm die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik nur im Rahmen der grünen Transformation und die angekündigte EU-Forststrategie gar nicht auf. Mit Blick auf die Strategie für ein nachhaltiges Nahrungsmittelsystem „Vom Hof auf den Tisch“ will die Kommission 2021 allerdings in die Phase der konkreten Umsetzung treten. Dies begrüßt die Landesregierung. Weiter zu nennen sind unter anderem der angekündigte Null-Schadstoff-Aktionsplan für Luft, Wasser und Boden, Maßnahmen für die Herstellung gesunder Ökosysteme sowie eine legislative Initiative für nachhaltige Produktpolitik. Letztere ist ein zentraler Baustein des Kreislaufwirtschafts-Aktionsplans. Auch Maßnahmen im Bereich intelligenter und nachhaltiger Verkehr wurden angekündigt.

Die Landesregierung befürwortet diese Ansätze. Überregulierung gilt es aber bei der Ausgestaltung zu vermeiden. Auf die Herausforderungen der grünen Transformation muss besonders geachtet werden, um sowohl die Industrie als auch die Bürgerinnen und Bürger auf diesem Weg mitzunehmen. Dabei muss auch die Begleitung des Prozesses durch die öffentliche Hand, etwa durch eine Flexibilisierung des Beihilferechts, vorangetrieben werden. So kann der europäische Grüne Deal zu einer Wachstumsstrategie werden.

2. Ein Europa, das für das digitale Zeitalter gerüstet ist

Die Kommission möchte unter dem Stichwort „Europas digitale Dekade“ einen Fahrplan mit klar definierten Zielen bis 2030 vorschlagen, etwa mit Blick auf Konnektivität, digitale Kompetenzen, digitale Dienste der öffentlichen Verwaltungen, den freien Datenfluss und Cybersicherheit. In ihren bisherigen Strategien hat die Kommission zahlreiche Ankündigungen zur bevorstehenden Umsetzung gemacht. Dazu zählen etwa die Digital- und Datenstrategie, die Industriestrategie sowie die Weißbücher zu Künstlicher Intelligenz. Europäische Stärken sollten in diesem Bereich besonders hervorgehoben werden, ohne dabei die Vorteile der internationalen Verflechtungen aufzugeben.

Die Kommission beschreibt richtigerweise den Bedarf für einen eigenen europäischen Weg für regulatorische und ethische Standards in der Digitalisierung sowie für technologische Souveränität. Bei der Regulierung von Künstlicher Intelligenz sollen Chancen und Risiken adressiert, das Vertrauen in Künstliche Intelligenz gestärkt und Innovationen nicht gehemmt werden. Diesen Weg unterstützen wir. Auch in der Digitalisierung der öffentlichen Hand sieht die Landesregierung wie die Europäische Kommission großes Potential.

Der Plan einer neuen europäischen digitalen Identität, welche die sichere Nutzung von Online-Diensten erleichtern soll, muss jedoch aus Sicht der Landesregierung eIDAS-konform und sicher ausgestaltet sowie mit vorhandenen Identifizierungsmitteln interoperabel sein. Auf diese Weise kann sie zur Stärkung des europäischen Binnenmarktes beitragen.

3. Eine Wirtschaft, deren Rechnung für die Menschen aufgeht

Unter diesem Ziel fasst die Kommission Maßnahmen zusammen, die langfristig verhindern sollen, dass sich die Gesundheits- und Wirtschaftskrise zu einer sozialen Krise ausweitet. Neben weiteren sozialpolitischen Maßnahmen soll ein Aktionsplan dabei das zentrale Instrument sein. Durch diesen soll die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte weiter vorangetrieben werden. Grundsätzlich unterstützt die Landesregierung dieses Vorhaben, weist aber darauf hin, dass dadurch hohe Erwartungen geschürt werden, die die Kommission und in Folge auch die Mitgliedstaaten werden erfüllen müssen.

Darüber hinaus kündigt die Kommission zwei legislative Initiativen an, durch die das Wirtschafts- und Finanzsystem zu einer zentralen Triebkraft des ökologischen und des digitalen Wandels werden soll. Dabei handelt es sich um die Vorschläge zur nachhaltigen Unternehmensführung sowie zur Schaffung einer EU-Norm für grüne Anleihen. Beide Ansätze werden wir konstruktiv begleiten.

Des Weiteren teilt die Landesregierung mit der Kommission die Auffassung, dass sowohl die Initiativen zum Wirtschafts- und Finanzsystem als auch die handelspolitischen Initiativen für den Erfolg des grünen und digitalen Wandels von großer Bedeutung sind. Dabei geht es unter anderem um die Finanzierung dieses Wandels, die Schaffung neuer Märkte sowie die Wahrung der Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit.

Die angestrebte Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ist ebenfalls zu begrüßen. Eine robuste WWU kann die Erholung der europäischen Wirtschaft nach überstandener Pandemie erleichtern und ihre Widerstandsfähigkeit stärken. Von hoher Priorität ist für die Kommission dabei auch weiterhin die Vollendung der Bankenunion. Ein wesentliches Element hierfür ist die von der Kommission bereits 2015 vorgeschlagene Einführung eines Europäischen Einlagenversicherungssystems (EDIS). Die Landesregierung weist darauf hin, dass als eine Grundvoraussetzung hierfür zunächst die Risiken notleidender Kredite nachhaltig reduziert werden müssten. Dies wird auch dadurch erschwert, dass durch die Covid-19-Pandemie eher ein weiterer Anstieg notleidender Kredite und damit des potentiellen Risikos zu erwarten ist.

4. Ein stärkeres Europa in der Welt

Die Kommission sieht sich als geopolitische Kommission und hat für die aktuelle Legislaturperiode angekündigt, für „ein stärkeres Europa in der Welt“ zu sorgen. Dafür sollen die strategischen Interessen und Ziele der EU vorangebracht und eine regel- und wertebasierte internationale Ordnung verteidigt werden.

Als Akteur mit eingeschränkten außenpolitischen Kompetenzen und einer pandemiebedingten Schwerpunktverschiebung ist die Kommission allerdings nur bedingt in der Lage, als „geopolitische Kommission“ aufzutreten. Die außenpolitischen Ankündigungen der Kommission sind aber begrüßenswert, besonders im Hinblick auf die Stärkung des globalen Multilateralismus, des regelbasierten Handels und der regionalen Partnerschaften, allen voran mit der Nachbarschaft der EU. Diese Ziele muss die Kommission gemeinsam mit den Mitgliedstaaten engagiert und konsequent verfolgen. Die Landesregierung ist der Auffassung, dass die Wirkung dieser Maßnahmen über eine rein wirtschaftliche Bedeutung hinausgehen muss. Dennoch ist die Stärkung der globalen Position der EU auch im fundamentalen wirtschaftlichen Interessen exportorientierter und exportstarker Mitgliedstaaten und Regionen.

Partnerschaften im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit sollen sich zunehmend zu Partnerschaften auf Augenhöhe entwickeln. Nach dem Abschluss der Verhandlungen zu einem „Post-Cotonou“-Abkommen mit der Organisation der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP-Staaten) im Dezember 2020 bleibt die wichtigste strategische Herausforderung in diesem Bereich die Ausgestaltung der künftigen Partnerschaft zwischen der EU und der Afrikanischen Union. Hier konnten 2020 auch aufgrund der Pandemie keine ausreichenden Fortschritte erzielt werden. Im Arbeitsprogramm wird diese Aufgabe hingegen nicht ausdrücklich aufgegriffen.

Ausdrückliche Erwähnung findet hingegen das Vorhaben der Kommission, die WHO zu stärken und für die weltweite Bereitstellung eines sicheren Impfstoffes weiterhin eine führende Rolle einzunehmen. Die Landesregierung begrüßt diesen Ansatz. Abgesehen davon sind keine spezifischen Vorhaben im Bereich der Entwicklungspolitik vorgesehen.

5. Fördern, was Europa ausmacht

Unter diesem Ziel fasst die Kommission eine breite Palette an Themen zusammen, die in keinem direkten Zusammenhang stehen. Darunter fallen Maßnahmen in den Bereichen Forschung, Bildung, Gesundheit, Asyl und Migration, Schengen sowie viele Maßnahmen der Inneren Sicherheit.

Die Landesregierung begrüßt, dass wie in den Vorjahren ein deutlicher Fokus auf die Stärkung der Sicherheitsunion gelegt wird. Insbesondere das Vorhaben, Rechtsvorschriften zur wirksamen Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet vorzuschlagen, befürworten wir. Aus Sicht der Landesregierung ist es zudem unabdingbar, die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden der Mitgliedstaaten zu intensivieren. Daher begrüßt sie ausdrücklich den geplanten Kodex für die polizeiliche Zusammenarbeit in der EU. Durch diesen kann die Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung modernisiert und eine zunehmende Fragmentierung der EU durch bilaterale Polizeiverträge verhindert werden. Ebenso begrüßt die Landesregierung die

angekündigten Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus, Terrorismus und Organisierter Kriminalität.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Pandemie und der führenden Rolle Nordrhein-Westfalens im Bereich medizinischer Forschung, Versorgung und Industrie begrüßt die Landesregierung die geplanten gesundheitspolitischen Maßnahmen. So soll ein Gesetzgebungsverfahren zur Einrichtung einer biomedizinischen Forschungs- und Entwicklungsagentur angestoßen werden, um die Reaktionsfähigkeit des europäischen Gesundheitssystems auf Krisensituationen zu verbessern. Dazu kann auch die Koordinierung einer strategischen Vorratshaltung von kritischen pharmazeutischen Produkten gehören, wie sie im Kontext des Programms EU4Health vorgesehen ist. Darüber hinaus soll ein Gesetzesentwurf zur Einrichtung eines gemeinsamen Europäischen Raums für Gesundheitsdaten vorgelegt werden.

6. Neuer Schwung für die Demokratie in Europa

Um eine Union der Gleichstellung aufzubauen, kündigt die Kommission im Rahmen dieses Ziels unter anderem neue Strategien für Kinderrechte, einen Vorschlag zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt sowie einen Richtlinienvorschlag zur Gleichstellung der Geschlechter in großen, börsennotierten Unternehmen an.

Die Landesregierung setzt sich dafür ein, die Gleichstellung der Geschlechter auf europäischer Ebene weiter voranzutreiben sowie die bereits erzielten gleichstellungspolitischen Fortschritte zu bewahren. Sie begrüßt daher die neue Initiative der Kommission zur Verhinderung und Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt und regt an, die entsprechenden Initiativen zügig umzusetzen. Wir bestärken die Kommission darin, sich in diesem Zusammenhang auch weiter für die Ratifizierung der Istanbul-Konvention einzusetzen.

Ferner plant die Kommission, die Liste der Straftaten mit europäischer Dimension um alle Formen von Hasskriminalität und Hassrede zu erweitern. Auch sollen Maßnahmen ergriffen werden, um Journalisten und die Zivilgesellschaft vor strategischen Klagen gegen öffentliche Beteiligung zu schützen. Wir unterstützen die Kommission bei diesen Vorhaben.

Darüber hinaus soll die digitale justizielle Zusammenarbeit durch Legislativvorschläge zu einer Plattform für die Zusammenarbeit von gemeinsamen Ermittlungsgruppen verbessert werden. Die Landesregierung sieht große Chancen in der Digitalisierung der grenzüberschreitenden justiziellen Zusammenarbeit und unterstützt diese nachdrücklich.